

Verlagsstelle:
in der Geschäftsstelle u.
an allen Postanstalten
1 M., bei täglicher Zu-
stellung in Bielefeld
1,20 M., durch Brief-
träger 1,42 M.

Postzeitungsliste
Nr. 6381.

Neue Westfälische Volks- und Vaterland-Zeitung

Bielefeld

Donnerstag, 18. Oktober 1906.

Anzeigengebühr
für dreizehnstellige
Zeile oder deren Raum
12 Pf., für auswärts
15 Pf., Reklamen 40 Pf.

Ercheint
jeden Montag
Geschäftsstelle
Ritterstr. 43.
Telephon Nr. 15.

Historischer Kalender.

18. Oktober: Prinz Eugen, geb. 1663.
— Schlacht bei Leipzig, 1813. — Emanuel
Griber, Dichter, geb. 1815. — Friedrich III.,
deutscher Kaiser, König von Preußen, geb. 1831.
— Hermann Gremmer, Professor D. theol., in
Unruh geb. 1834. — Lord Palmerston, eng-
lischer Staatsmann, gest. 1865. — Herzog
Wilhelm von Braunschweig, gest. 1884.
— Enthüllung des Kaiser Friedrich-Den-
kmals und Eröffnung des Kaiser Friedrich-
Museums in Berlin, 1904.

Im Schutze des Dreiklassenwahlrechts.

In den Denkwürdigkeiten des Jahres zu
Hohenlohe steht unter dem 12. Debr. 1889
folgend:

„Gestern war musikalische Soiree im
Kaisersaal. Am Buffet begrüßte mich
der Kaiser wegen seiner Frankfurter Rede.
Das g'fiel ihm und er sprach lange mit
mir. Erst von der improvisierten Rede,
dann von Frankfurt und dessen großer Ent-
wicklung unter Maxims Leitung, von allen
Veränderungen, die er machte, von der Be-
nutzung der Wasserkraft durch elektrische
Leuchtungen und dem Nutzen, den dies den
kleinen Gewerbetreibenden bringe und anderem.
Dabei machte er Ausfälle auf den Magistrat
und die Stadtverordneten von Berlin. Er
erwähnte die sozialdemokratischen Wahlen für
die Stadtverordnetenversammlung und sagte,
man werde es in Berlin noch leicht bringen,
daß die Sozialdemokraten die Mehrheit haben
würden. Dann würden diese die Bürger
plündern; ich sei bei gleichgültig, er werde
Schießscharen in das Schloß machen lassen
und zusehen, wie geplündert werde. Dann
würden ihn die Bürger schon um Hilfe an-
rufen.“

Die „Freisinnige Zeitung“ als das publi-
zistische Sprachrohr des Berliner Kommunal-
freisinnigen möchte den Magistrat und die
Stadtverordneten von Berlin gegen die im
einzelnen freilich gänzlich mitgeteilten „Aus-
fälle“ des Kaisers in Schutz nehmen. Wenn
es sich um die Bekämpfung der Sozial-
demokratie handelt, sind ja die Freisinnigen
immer bereit, als das allein vorhandene
Mittel ein der freisinnigen Partei-
programme zu empfehlen. In der Reichs-
hauptstadt aber zeigt sich, daß gerade eine
freisinnige Wertschätzung des Vordringens der
Sozialdemokratie am wenigsten vorhanden
kann. Um aber die reichhaltigsten
Verhältnisse gleichwohl als verhältnismäßig
unbedenklich hinstellen, leistet sich die „Frei-
sinnige Zeitung“ einen Vergleich mit den
Bedingungen im gesamten Reich:

„Was nun speziell die „Ausfälle“ auf die
Berliner Kommunalverwaltung wegen des
Anwachsens der Sozialdemokratie in der
Stadtverordneten-Versammlung betrifft, so
zählte nach den Stadtverordnetenwahlen von
1890 im Jahre 1889 das Berliner Stadt-
verordnetenkollegium unter insgesamt 186
Mitgliedern 11 Sozialdemokraten, das sind
nahezu 9 Prozent, Anfang des Jahres 1906
unter 144 Mitgliedern 35 Sozialdemokraten,
das sind 24 Prozent. Bei den Reichstagswahlen
von 1890, den ersten unter der Regierung
Kaiser Wilhelm II., wurden 35 Sozial-
demokraten, das sind etwa 9 Prozent, bei
den Reichstagswahlen von 1903, 81 Sozial-
demokraten, das sind rund 20 Prozent, ge-
wählt. Während also in der Stadtver-
ordnetenversammlung einer Großstadt, wie
Berlin, mit ihrer nach Hunderttausenden
zählenden Arbeiterbevölkerung während der
Regierung Kaiser Wilhelm II. die Sozial-
demokratie 6 Prozent um etwa 15 Prozent ge-
stiegen ist, hat es die Reichsregierung, deren
wesentlicher Faktor aus den Remorien
Hohenlohes noch deutlicher als bisher zu
erkennen ist, „so weit gebracht“, daß die
Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage,
der doch das gesamte Reich, also nicht nur
Großstädte, sondern vor allem auch das

sozialdemokratische Land vertritt,
ebenfalls um 11 Prozent angewachsen ist.“

Der Vergleich hinf. Auch der „Frei-
sinnigen Zeitung“ wird bekannt sein, daß
die Wahlen zum Reichstage nach dem all-
gemeinen, direkten geheimen Wahlrecht,
die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenver-
sammlung aber nach dem Dreiklassenwahl-
recht erfolgten. Nur im Schutze des Drei-
klassenwahlrechts konnte der Berliner Freisinn
also verhindern, daß die Sozialdemokratie
während der Regierungszeit unseres jetzigen
Kaisers in noch größerer Zahl in das „Rote
Haus“ einbrang. Wie die Berliner Stadt-
verordnetenversammlung aufzuweisen würde,
wenn auch für sie das Reichstagswahlrecht
gälte, das haben doch die Reichstagswahlen
im Jahre 1903 deutlich gezeigt, bei denen
von den Berliner Wahlkreisen vom Freisinn
nur noch einer das Reichstagshaus der
Konservativen behauptet werden konnte.
Ehrlicher also wäre es gewesen, wenn die
„Freisinnige Zeitung“ dem Kaiser erwidert
hätte: Solange wir Freisinnigen in Berlin
uns noch weiter dem Schutze des Dreiklassen-
wahlrechts erfreuen, ist eine sozialdemokratische
Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung
nicht zu befürchten. — Diese ehrliche Be-
kämpfung der sozialdemokratischen Mehrheits-
wahlen würde freilich zur Folge haben müssen,
daß die Freisinnigen den Kampf gegen den Fort-
bestand des Dreiklassenwahlrechts auch in
Preußen alsbald einstellten.

Graf Posadowsky und die soziale Fürsorge.

Eine bemerkenswerte Rede hat vor-
kurz berichtet, der Staatssekretär Graf
Posadowsky anlässlich der Einweihung
eines vom Berliner Bauverein errichteten
Wohnhauses im Vorort Pantow gehalten.
Die Rede verdient, im Wortlaut (wir zitieren
sie nach dem Bericht der Nordd. Allg. Ztg.)
wiedergegeben zu werden: „Sie haben meinen
Namen mit diesem gewaltigen Hause ver-
bunden. Ich möchte diese symbolische
Ehrung nur in dem Sinne verstanden
wissen, daß, je höher jemand vom Stande
auf der sozialen Leiter steht, desto
einstufiger und dringender ihm die Pflicht ob-
liegt, nach der christlichen Sittenlehre und
nach den weltlichen Gesetzen für das leibliche
und geistige Wohl derer zu sorgen, die
seiner Obhut anvertraut sind. Ich aller
größtenteils technischen Fortschritte der
äußeren Lebenskultur sind mit dem Zu-
sammenstürzen gewaltiger Volksmassen an
den Brennpunkt unseres Wirtschafts- und
Wohlfahrtsproblems gedrückt und körper-
liche Gefahren verbunden, die wir, so weit
uns möglich ist, durch Gesetzgebung und
Verwaltung bekämpfen müssen. Bei unserer
schnell wachsenden Bevölkerung, dem immer
verwickelter sich gestaltenden Erwerbsleben
finden ständige körperliche Gefahren für
unsere Bevölkerung, die immer höhere
Ansprüche an die Tätigkeit aller derer stellen,
die berufen sind, diese Gefahren zu bekämpfen.
Und wenn wir unser Volk arbeiten- und
wehrtüchtig erhalten wollen, dann müssen wir
mit aller Kraft arbeiten, um die Gefahren,
zu bekämpfen. Die größte Gefahr und die
größte Not liegt in der Wohnungsfrage!
Die Wohnung bildet die Grundlage der
Familie. Sie ist entscheidend für das lei-
bliche und geistige Wohl. Die Wohnungs-
frage bildet heute die wichtigste Frage,
wenn wir nicht die Kraft der lebenden Ge-
neration preisgeben wollen zum Schaden
kommender Geschlechter. Deshalb ist es
eine höchst erfreuliche Erscheinung, daß die
begeistigten Kreise selbst die Hand angelegt
haben, um den bestehenden Mangel an Zu-
flucht, den hygienischen Anforderungen
entsprechende Wohnräume herzustellen und
dabei — was besonders ins Gewicht fällt

— der privaten Erwerbstätigkeit ebenfalls
neue heilsame Ansporne zu geben. Und
wenn wir heute nach verhältnismäßig kurzer
Zeit, nachdem wir gemeinsam den Grund-
stein gelegt haben, dieses gewaltige Gebäude
vor uns sehen, so verdanken wir das der
Aufopferung, dem Sachverständnis, der
selbstlosen Hingabe des Ausschusses und
Vorstandes des Vaterländischen Bauvereins,
dem dafür höchste Anerkennung und Ehre
gehört. Ich habe kürzlich eine Denkschrift
gelesen, in der ausgeführt wird, daß Ber-
lin im Jahre 1900 vierzehn Milli-
onen Einwohner zählte. Ich
bin außerordentlich glücklich, daß nach den
unerbittlichen Gesetzen der Natur und den
statistischen Wahrscheinlichkeitsberechnungen
ich nicht genötigt sein werde, der Feier
dieses Tages selbst beizuwohnen. (Heiterkeit.)
Aber es liegt in dieser Berechnung, wenn
sie auch nur annähernd richtig sein sollte,
ein Fingerzeig dafür, welche ungeheurer ge-
waltige soziale Aufgaben noch dem Staate
und allen, die es mit unserem Volke gut
meinen, in Zukunft gestellt sind, und welche
noch zu lösen sind vor allem auf dem Ge-
biet der Wohnungsfürsorge. Es kann
meines Erachtens nur kurzfristige Selbstsucht,
wirtschaftlicher Unverstand sein, wenn man
hier und da das Wort hört, es sei nun
mit der sozialen Fürsorge genug geschehen,
und man müßte sie nunmehr einschränken.
Gegenüber den gewaltigen Aufgaben, die
einem Volke gestellt sind, das sich in dieser
Weise entwickelt, wie das deutsche, hat jeder
einzelne nach seinen Kräften zu sorgen für
die, die schwächer sind, als er selbst. Ich
hoffe, daß auch der Vaterländische Bauverein
an dieser Entwicklung der Zukunft fortgesetzt
einen ehrenhaften und wirksamen Anteil
nehmen, und daß an seiner Spitze immer
Männer stehen werden, die nach dem Bei-
spiel des jetzigen Ausschusses und Vor-
standes ihre eigene Kraft opferwillig hingeben,
um ihren Mitmenschen ein trauliches, ge-
sundes Heim zu bereiten. Wenn der Verein
in diesem Sinne fortarbeitet, werden mit
Recht kommende Geschlechter ihn stets in
ehrender Dankbarkeit nennen!“

Welchen Schwabenstreich

der Reichstag mit der Ablehnung des Bahn-
baus in Südwestafrika gemacht hat, zeigt
folgende Berechnung des Dr. Handke in
der „Zeitungs- und Volks-Zeitung“:
„Statt der Eisenbahn auf der Strecke
Lüderich-Rubub, die 7 1/2 Millionen Mark
kosten würde, hätten sich 1200000
Mark für Betrieb, Vergütung und Amorti-
sation erspart, wurde für 7700000
Mark ein Fuhrpark beschafft, dessen
Unterhaltung monatlich eine Million jähr-
lich also 12 Millionen Mark
kosten, aber ohne Vergütung und Amorti-
sation, wie die amtliche Denkschrift aus-
drücklich betont. ... Was an Bedarf fehlt,
wurde aus dem britischen Gebiet ausgeführt
oder von den Rippn gehungert. Welche
Summen infolge dieses eigenartigen Spar-
systems ins Ausland geflossen sind,
ist schwer zu sagen. Die Denkschrift für
die Bahn von Rubub nach Keetmanshoop,
die das Datum des 19. Mai 1906 trägt,
schätzt sie bis dahin auf rund 100
Millionen Mark. Bis der Reichstag
sich wieder mit der Frage zu befassen haben
wird, dürfte sie auf 150 Millionen Mark
angelaufen sein. Das Ergebnis dieser wunder-
baren Politik ist also, daß es verfassungswi-
drig ist, wenn der Heresleitung in
Südwestafrika erlaubt wird, für 7 1/2 Millionen
Mark einen Schienenweg als Etappenstraße
zu erbauen, daß aber keinerlei Be-
denken vorliegen, wenn sie für dieselbe
Summe einen Fuhrpark beschafft und für
diesen Unterhaltung und Ergänzung jährlich
das Dreifache ausgibt, wobei noch zu berück-
sichtigen ist, daß er noch nicht ein Drittel

des tatsächlichen Bedürfnisses leistet, das der
Schienenweg mit Beschäftigung leisten könnte.“

Der Herausgeber der Zeitschrift bemerkt
zu diesem Artikel: „Unter den in die Repu-
blik gestiegenen Geldern befinden sich auch
die Schmiergelder für die englischen
Offiziere, die die Grenze bewachen und
nichts durchzulassen halten. Die Schutz-
truppe mußte sich dieses Mittels bedienen,
um überhaupt das zu ihrer Existenz Not-
wendige zu erlangen, das dann vielfach
minderwertig war und doch mit hohen Preisen
bezahlt werden mußte.“

Politische Nachrichten.

Aus dem Deutschen Reich.

Berlin, 17. Oktober.

Der Kaiser besuchte heute mit Automobil
von Bonn aus Burg Elz a. d. Mosel,
Runkelmaifeld und Maria Vaach.
Um 8 Uhr begab sich der Kaiser in der
Goutte der Bonner Vorposten in einem
Automobil zu der Kneipe des Kops, wo
ein Essen stattfand, an dem außer dem
Kaiser Prinz August Wilhelm von Preußen,
der Erbprinz und Prinz Adolf zu Schaum-
burg Lippe, sowie Graf Adolph zu Hohenhausen
und die Aktiven und Inaktiven des Kops
teilnahmen. Die Immatrulation des
Prinzen August Wilhelm von Preußen
in Bonn, für die in der Universität für den
gestrigen Tag des Kaiserbesuches Vor-
bereitungen getroffen worden waren, ist auf
später verschoben worden.

Nach einer Mitteilung des „L. A.“ sieht
die Großherzogin von Hessen brennen
sich einem freudigen Ereignis entgegen.
Aus diesem Anlaß ist gestern der Hof
wieder nach dem Darmstädter Neuen Palais
übergesiedelt.

Nach sechsmonatiger Abwesenheit ist
Reichstagskanzler Fürst Bismarck heute
vormittag 10 Uhr 46 Min. wieder in
Berlin eingetroffen. Der Fürst sah bei
seiner Ankunft ausgezeichnet aus. Mit ihm
trafen auf dem Potsdamer Bahnhof ein die
Gemeinen des Reichstages, ihre Mutter und
Gefährten v. Delow.

Der Gouverneur von Samoa,

Dr. Solz, ist gestern abend von einem
längeren Urlaub nach Berlin zurückgekehrt
und wird, wie die „Nat. Ztg.“ erzählt,
Anfang nächsten Monats die Ausreise in
das Schutzgebiet antreten.

Am polnischen Schussfeld nehmen
jetzt auch die Schüler der Oberklassen teil.
In Adelnau und Gransdorf streifen
sämtliche polnische Kinder, wie sie sagen
auf Wiese der Gutsflächen. In Gnesen
beteten die Kinder polnisch, während der
Lehrer deutsch betete. Vor der Schule
waren 4 Polizisten aufgestellt. Polnische
Protestversammlungen wurden be-
stimmlich verboten.

Die Bromberger „D. A. Rundschau“ em-
pfehlte die Einführung eines staatlichen
Vorkaufrechts für alle Güter in der
Dmitz.

Die heute hier versammelten Vertreter
der deutschen Bergbaubezirke waren
einmütig darüber, daß mit den Arbeiter-
organisationen, welche den bekannten Lohn-
erhöhungsantrag eingereicht haben, nicht
hierüber zu verhandeln sei, da sie als zu-
ständige Vertreter der Grubenbesitzer
nicht anzusehen seien. Ferner wurde allseitig
festgestellt, daß schon jetzt die Bergarbeiter-
löhne, namentlich auch infolge der im letzten
Jahre seitens der Werksverwaltung überall
vorgenommenen erheblichen Lohnrückführungen
so hohe sind, daß sie gegenüber den ge-
steigerten Lebensmittelpreisen durchaus aus-
reichend sind.

Bei den neuen Militärforderungen
handelt es sich u. a., wie der „L. A.“, von
parlamentarischer Seite erfährt, auch um eine
Vermehrung der Maschinengewehre und um
die allgemeine Einführung der Rohrkolben-

port dankte dem
führungen und v
der Sache erfahren

Und Bon
fuhr heute m